

Übernahme von Verantwortung als Bestandteil der Demokratiepädagogik

Die Demokratiepädagogik hat zum Schwerpunkt die Kompetenzentwicklung der Schülerinnen zu demokratischen/mündigen Bürgerinnen und Bürgern. Die „Kompetenzen für eine Demokratische Kultur“ des Europarates, die Konzepte der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik sind dafür gute Beispiele. Der Streit zwischen den Ansätzen in der politischen Bildung, die den Wissenserwerb über die demokratischen Institutionen in den Vordergrund stellten, auf der einen Seite und den Ansätzen, die die gelebte demokratische Kultur in der Schule, die Partizipationsmöglichkeiten der Schülerinnen und Schüler als vorrangiger erachteten, auf der anderen Seite, scheint in guten Kompromissen aufgehoben worden zu sein, zumindest in der Theorie. Was die Praxis in der Schule angeht, gibt es hier noch erheblichen Entwicklungsbedarf.

Die OECD hat 2002 u.a. Schlüsselkompetenzen definiert, „ die für eine erfolgreiche individuelle Lebensgestaltung und eine funktionierende Gesellschaft unabdingbar sind: a. die Kompetenz, erfolgreich selbstständig handeln zu können, ... c. die Kompetenz, in sozial heterogenen Gruppen erfolgreich handeln zu können.“ (zitiert aus: Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg). Selbstständig Lernen, Sechs Empfehlungen der Bildungskommission der Heinrich-Böll-Stiftung, S. 154). Die genannte Bildungskommission fügt diesen Kompetenzen eine eigene Kategorie an, die der Gestaltungskompetenz. „Lernen und Leben in der Schule muss für die Schüler eine befriedigende Erfahrung sein und Gestaltungskompetenz mit Bezug auf das individuelle und das gesellschaftliche Leben vermitteln.“ Ebda S. 131 Diese Kompetenzdefinitionen gehören ebenfalls zu den individuellen Voraussetzungen für gelebte Demokratie ebenso wie die Überzeugung der Selbstwirksamkeit. Wie gesagt, an Definitionen und Konzepten fehlt es nicht, aber die reale Gestaltung der Schulen lässt hinsichtlich der Partizipation von Schülerinnen und Schülern noch viele Wünsche offen.

Ein bisher zu kurz gekommener Aspekt ist aber noch ein anderer, der des heimlichen Lehrplans, den das gelebte Vorbild der Lehrkräfte selbst als aktive Staatsbürger und –bürgerinnen vermitteln. Wie weit verfügen Lehrkräfte selbst über die oben genannten Kompetenzen, die Selbstwirksamkeitsüberzeugung und die dazu gehörige Zuversicht?

Wieweit agieren Lehrkräfte und Schulleitungen als verantwortliche Staatsbürger*innen, die für ihre Schule, für den Staat und diese Gesellschaft Verantwortung tragen und Zutrauen in deren Gestaltbarkeit haben? Wieweit leben sie Verantwortung für die Schule, für die Schüler*innen und ihre Lernerfolge vor?

Hannah Arendt hat diesen Aspekt in ihrem Aufsatz „Die Krise der Erziehung“ (1958, veröffentlicht in „Zwischen Vergangenheit und Zukunft“, Serie Piper, 1994, S.255 ff) sehr prononciert entwickelt. In der Schule als der Institution, die für die Kinder zwischen Familie und Welt steht, ihnen Hilfe zur Aneignung von Welt geben soll, repräsentieren die Erwachsenen die Welt und haben die Verantwortung dafür. Wer sich dieser Rolle nicht stellt, verweigert seine zentrale Aufgabe. „Wer die Verantwortung für die Welt nicht mitübernehmen will, sollte keine Kinder zeugen und darf nicht mithelfen, Kinder zu erziehen.“ (ebda S.270) Das ist eine harte Aussage, aber sie sollte sehr ernst genommen werden. Auch wer seinen Einfluss auf die Kinder unangemessen relativiert, verweigert als Lehrkraft und als Schule seine Aufgabe.

Diese Übernahme von Verantwortung hat mindestens zwei Dimensionen. Die erste ist die, dass die Partizipationsmöglichkeiten innerhalb der Schule klare Strukturen und auch Regeln erfordern, die klare Abgrenzungen zwischen Erwachsenen und Schüler*innen deutlich machen.

„Freiheit und Ordnung sind also, so betrachtet, kein Gegensatz. Die Menschenrechte lassen sich in der Erziehungsinstitution nur verwirklichen, wenn deren Mitglieder Pflichten übernehmen. Rechte und Pflichten gehören zusammen. Der libertäre anti-pädagogische Diskurs träumt von einer Schule ohne Zwang, als herrschaftsfreier Raum. Darin liegt ein naives Missverständnis der Pädagogik, so, als wäre es möglich, die Hierarchie zwischen Erziehenden und Erzogenen völlig zu nivellieren. Kinder, die in diesem Missverständnis aufwachsen, können nicht lernen, mit Macht umzugehen und selber von ihr einen maßvollen Gebrauch zu machen. Demokratie bedeutet jedoch nicht die Abwesenheit von Macht, sondern die Begrenzung der Macht des Einzelnen und die kluge Verteilung der Macht. Wenn ich als junger Mensch in einer Schulgemeinschaft aufwache, in der die Illusion der Machtfreiheit zum Dogma der Institution gehört, werde ich nicht fit für die Demokratie. Es besteht dann auch die Gefahr, dass ich illegitime menschenfeindliche Machtstrukturen nicht aufzuspüren lerne. Das wiederum schadet der Entwicklung meiner demokratischen Resilienz.“ (Kurt Edler, Demokratische Resilienz, Wochenschau-Verlag, Schwalmbach, S.46 ff)

Die andere Dimension ist die der Verantwortungsstrukturen zwischen den Erwachsenen. Wie gehen Lehrkräfte und Schulleitung miteinander um? Wie agieren die schulischen Akteure mit Schulaufsicht und der Schulverwaltung? Erwachsene, die sich selbst als Opfer der Verhältnisse fühlen, verweigern die Übernahme dieser Verantwortung und unterlassen es, Kindern und Jugendlichen die notwendige Orientierung zu geben und ein klares Rollenbild zu vertreten. Berufsverbände, die dieses Bild verstärken, deprofessionalisieren den Lehrberuf.

Mit der Schulgesetzänderung von 2004, der größeren Eigenverantwortung der Schulen und der pädagogischen Entscheidungsfreiheit für die Lehrkräfte sind gute Voraussetzungen für solche Verantwortungsstrukturen geschaffen, aber sie werden noch lange nicht ausreichend von allen Akteuren auf allen Ebenen wirklich mit Leben gefüllt. Noch immer halten Lehrkräfte und Schulen ihre Entscheidungsspielräume häufig für gering und agieren Schulaufsichtsbeamt*innen in alten Routinen. Hilfreich sind hier Instrumente der Rechenschaftspflicht, Verträge zwischen Schulen und Schulverwaltung über Ziele, die die Akteure auf Augenhöhe bringen. Eine Schule wird umso überzeugender sein, je mehr sie ihre Eigenverantwortung vorlebt, die Erwachsenen sich ebenfalls mit gegenseitigem Respekt begegnen und mit diesen Voraussetzungen eine demokratische Kultur in der Schule pflegen.